

# "Unabhängigkeit" ist nicht genug

von Martijn van Beek und Kristoffer Brix Bertelsen

Der Autonome Rat, der in Leh eingerichtet werden soll, wird nur wenige Probleme der aktuellen ladakhischen Politik lösen. Während die Bindungen an Srinagar verstärkt werden, wird der hausgemachte Kommunalismus nicht beseitigt. Schon bald wird der Distrikt Leh aus der Region Ladakh im Bundesstaat Jammu und Kaschmir von dem 'Autonomous Hill District Council' regiert werden. Die entsprechende Gesetzesvorlage liegt beim Premierminister P.V. Narasimha Rao und kann von ihm jederzeit in Kraft gesetzt werden. Die Einsetzung des 'Hill Council' wird eine schon lange bestehende Forderung der ladakhischen Bevölkerung nach Unabhängigkeit vom Bundesstaat Jammu und Kaschmir erfüllen. Weitreichende Verwaltungsmacht - außer der Polizei- und der Gerichtsgewalt - wird lokalen Politikern übertragen. Aber wird das 'Council' ein Allheilmittel gegen sämtliche Krankheiten Ladakhs sein? In mancher Hinsicht ist es eher ein Plazebo.



Das Tal von Leh (alle Fotos: Walter Keller)

Der Entwurf des 'Leh-Council' ist dem Modell des 'Darjeeling Gorkha Hill Council' nachempfunden. Subhas Gising's 'Hill Council' war die erste dieser Art von Institution, die bei der Neuordnung von Beziehungen zwischen Zentralstaat, Bundesstaaten und lokalen Gemeinschaften immer beliebter werden. Ähnliche halbautonome Räte existieren auch oder werden geplant für Uttarakhand, Jharkhand und Teile des indi-

schen Nordostens. Verschiedentlich wurde das Konzept sogar vorgeschlagen, um eine befriedigende Lösung des Problems in Kaschmir zu erreichen.

Obwohl Forderungen nach größerer lokaler Autonomie in den letzten Jahren ein wesentliches und immer wiederkehrendes Thema in der indischen Politik (wie auch weltpolitisch) geworden sind, darf man nicht vergessen, daß die meisten Kämpfe Vorläufer haben, die älter

sind als die Staaten, innerhalb derer heute diese Kämpfe ausgefochten werden. Angesichts der heutigen Beliebtheit des 'Hill-Council'-Konzeptes als ein Rezept zur Auflösung regionaler und ethnischer Ungleichheiten und Konflikte, muß man fragen, ob dieses Konzept, basierend auf der Annahme von homogenen, eindeutig zusammengehörigen und stabilen Regionen und Gemeinschaften, leisten kann, was es verspricht: eine

stärkere, gerechtere Teilhabe "des Volkes" an lokalen Entscheidungsprozessen.

Im Falle von Ladakh hat der Kampf um die Freiheit von Kaschmir eine Geschichte, die innerhalb der gegenwärtigen Kampagne für den Autonomiestatus nicht übersehen werden darf. Gleichzeitig muß man die jüngste Kommunalisierung der Politik in Ladakh untersuchen und ebenso Chancen wie auch Gefahren für den regionalen Frieden, die sich durch die Einrichtung des 'Hill Council' in der vorgeschlagenen Form ergeben. Kurz gesagt ist das 'Ladakh Hill Council'-Konzept eine Antwort auf die Logik der Kleinteilung auf regionale und/oder kommunale Ebenen, die die Kommunalisierung der Politik in Indien genährt hat (anderswo besitzt der Begriff 'Kommunalisierung' die Konnotation von kooperativer Einstellung. In Südasien aber bezieht er sich auf das Problem übermäßiger Gruppenidentität.)

### Ladakhi gleich Buddhist

Ladakh leidet unter dem 'Lost Horizons-Syndrom', das Journalisten, Akademiker und Politiker befällt, sobald sie sich mit der Himalaya-Region beschäftigen. Vor allem die moderne Politik Ladakhs wird von Wissenschaftlern und Journalisten vollständig ignoriert; sie neigen dazu, sich ausschließlich den historischen, kulturellen und "touristischen" Aspekten zuzuwenden.

In der Tat ist die Region gefangen zwischen Skylla und Charybdis, der Etikettierung als Shangri-la und rückständigen Stammesgebieten. Einerseits hört man die häufig wiederholten Beschreibungen von Ladakhs friedlicher, freundlicher und ökologisch intakter Gesellschaft und Wirtschaft, andererseits gibt es jene - besonders Administratoren - die seine ökonomische Rückständigkeit hervorheben. Es würde zu weit gehen, diese Betrachtungsweisen als Hauptursache für den gegenwärtigen politischen Konflikt in Leh darzustellen. Dennoch haben sie nicht nur das politische Verhalten gegenüber der Region, sondern auch die Selbstwahrnehmung der Ladakhis erheblich beeinflusst.

Der wesentliche Vorwurf, der von der politischen Führung Ladakhs seit den '30er Jahren erhoben wird ist der, daß die Region, vor allem durch die Hand der Regierung in Srinagar, nicht ihren gerechten Anteil an öffentlichen Mitteln erhalten hat. Dieses Gefühl der Diskriminierung wird sehr wohl in ganz Ladakh geteilt, die Beschwerden und Forderungen sind jedoch im wesentlichen von den buddhistischen Führern formuliert worden. Es ist auffällig, daß gesamt-ladakhsische Themen zunehmend auf kommunalistischer Ebene, das heißt durch buddhistische Gruppen, vertreten

werden. Die weniger gut organisierten muslimischen Gruppen werden nicht gehört.

Um die Kommunalisierung der ladakhischen Politik richtig zu verstehen, muß man zu den historischen Wurzeln zurückgehen, die aus der politischen Struktur Britisch-Indiens im späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert resultieren. Die Briten gingen davon aus, daß Indien aus einer Reihe klar voneinander abgegrenzter Gemeinschaften zusammengesetzt sei, aus Kasten, Stämmen und Religionen. Die wesentliche Trennung bestand in ihren Augen zwischen den Muslimen und den Hindus. Diese Annahme wurde im Census formalisiert und quantifiziert und wurde die Grundlage für eine Reorganisation der indischen Politik unter kolonialer Herrschaft. Als unter britischer Führung Versammlungen eingeführt

wurden, die das Volk vertreten sollten, wurden diese auf religiöser Basis als muslimische und hinduistische Wahlkreise eingegrenzt. Auch die 'Praja Sabha' oder die 'Kashmiri Assembly' wurden gemäß dieser religiösen Trennung organisiert.

Obwohl der Bundesstaat Jammu und Kashmir niemals integraler Bestandteil Britisch-Indiens war, wiederholte sich bei der Demokratisierung des Staates 1930 dieses kommunalistische Muster, das die Trennung zwischen beiden Religionen hervorhob. Ladakh, das nach seiner Eroberung durch Dogras an Jammu und Kashmirs fiel, wurde unter dieses von den Briten definierte politische Raster gestellt, obwohl die Zusammensetzung der Bevölkerung eher muslimisch-buddhistisch als hinduistisch-muslimisch geprägt war. Auch Ladakh wurde kommunalisiert.





Über dem Tal thronen vielerorts die lamaistischen Klöster

Die erste formale Äußerung von Forderungen und Beschwerden Ladakhs wurde im November 1931 gegenüber der 'Glancy Commission of Enquiry' gemacht. Diese war nach wiederholten Zusammenstößen im Kaschmirtal und ausgedehnten Protesten gegen den (Hindu) Maharadscha eingesetzt worden. Die 'Glancy Commission', die auf der Grundlage der religiösen Gemeinschaft organisiert war und Anliegen vertrat, wurde der unmittelbare Anlaß für die Organisation der buddhistischen Elite in Ladakh.

Kontakte zwischen der religiösen Elite von Ladakh und buddhistischen 'revivalists' aus der Gruppe der konvertierten kaschmirischen Pandits (organisiert in der 'Kashmir Raj Bodhi Maha Sabha') gehen zurück bis ins Jahr 1917. Die Pandits, die zum Buddhismus übergetreten waren, sahen in Ladakh den letzten Hafen der Religion in Indien. Vertraut mit dem Kampf um Zahlen in der Politik des modernen Indien und Jammu und Kaschmir, präsentierten die Pandits Ladakh gegenüber der 'Glancy Commission' erfolgreich als vorwiegend buddhistisches Gebiet. Im gesamten Abschlußbericht der Kommission wurde schließlich 'Ladakhi' synonym mit 'Buddhist' verwendet. Da die Muslime von Ladakh nicht die gleiche Art der Unterstützung von außen genossen, blieben ihre Anliegen unrepräsentiert.

Im Jahr 1934 wurde die 'Young Men's Buddhist Association' gegründet, die später in 'Ladakh Buddhist Association' (LBA) umbenannt wurde. Ihr vorrangiges Ziel war der Schutz und die Förderung der buddhistischen Interessen in Ladakh. Für die ladakhischen Muslime existierte keine Organisation dieser Art. Jetzt gibt es die 'Ladakh Muslim Association' (LMA), die jedoch niemals mehr war als ein ad-hoc-Verband, der in

Zeiten kommunaler Probleme aktiviert wurde. Ein wesentlicher Grund für diese Trägheit des muslimischen Aktivismus ist die tiefe Spaltung zwischen den Shia- und den Sunni-Muslimen in Ladakh.

So bestand in den 1930er Jahren die Teilnahme Ladakhs an formaler Politik lediglich auf religiöser Basis. Den Empfehlungen der 'Glancy Commission' folgend, erhielt Ladakh für seine buddhistische Gemeinschaft zwei Sitze im 'Praja Sabha', während die ladakhischen Muslime, die damals etwas weniger als 50 Prozent der Bevölkerung ausmachten, keine Repräsentanz erhielten. Es ist wenig relevant zu diskutieren, ob die Ladakhs damals selbst die Religion als wesentliche Spaltung ihrer Gruppe sahen; die institutionelle Verankerung und die Sichtweise, die Außenstehende von Ladakh hatten, ließen keinen Ausweg aus der Praktizierung einer solchen Trennung.

Während die politischen Grundstrukturen kommunalistisch angelegt waren, wurde dies über Jahrzehnte nicht offen ausgespielt, bis es 1969 zu einer kurzen Agitation kam. Danach wurde die Religion in der Autonomiebewegung von 1989 bis 1993 bewußt eingesetzt, deren Nachwirkungen auch heute noch zu spüren sind.

Es ist bezeichnend, daß das 'Hill Council' nur den Distrikt Leh abdeckt (zusammen mit der Stadt Leh). Kargil, der andere Distrikt Ladakhs, hat es vorgezogen abzuwarten und die weitere Entwicklung zu beobachten. Der Distrikt Leh ist zu mehr als 90 Prozent buddhistisch, Kargil dagegen zu über 80 Prozent schiitisch. (Die muslimische Minderheit von Leh, mit dem Namen 'Arghon', ist sunnitisch. Die wenigen Buddhisten Kargils findet man in Zanskar.)

Das 'Hill Council' wird das erfolgrei-

che Resultat einer nachhaltigen Kampagne sein, in der buddhistische Ladakhs buddhistische Forderungen hervorgehoben haben, um die Aufmerksamkeit in New Delhi auf Ladakhs Klagen gegenüber Jammu und Kaschmir zu lenken. Die Anführer in Leh begannen die Religion einzusetzen, als ihnen klar wurde, daß Politiker in Delhi Ladakh nur dann zuhören würden, wenn sich auf kommunalistischer Ebene Stimmen gegen das 'muslimische Kaschmir' erheben würden. Unweigerlich führte diese Strategie zur Verfeindung mit örtlichen Muslimen. Mit dem bewußten Einsatz des Buddhismus bekam der Kommunalismus der ladakhischen Politik einen eigenen Impuls. Das 'Hill Council' hat keine Möglichkeit, dieses Rad wieder zurückzudrehen.

Trotz dieser frühen Kommunalisierung der politischen Struktur Ladakhs war die lokale Politik mit den verschiedenen Agitationen weder in der Form noch im Inhalt kommunalistisch geprägt. Für mindestens die letzten vier Jahrzehnte ist die wesentliche Trennlinie in der ladakhischen Politik zwischen den Anhängern und den Gegnern von Kushok Bakula Rinpoche verlaufen, dem 'obersten Lama' von Ladakh und derzeitigen Botschafter Indiens in der Mongolei.

Bakula kam im Juni 1949 an die Macht. Er wurde der Nachfolger von Kalon Tsewang Rigzin, einem ladakhischen Aristokraten, als 'District President der Kashmir National Conference', der Partei von Sheikh Abdullah. Bakula wurde nach dem sogenannten 'Coup at Choglamsar Bridge' von Jawaharlal Nehru und Sheikh Abdullah in diese Position befördert. Die beiden Führer besuchten Ladakh, als eine Gruppe junger Ladakhs - bestehend aus Buddhisten, Muslimen und einem Christen - an sie herantraten und das Ende der Vorherr-

schaft der Familie Kalon forderten. Tsewang Rigzin, behaupteten sie, sei zu diktatorisch für die neue demokratische Ära und solle durch jemanden ersetzt werden, der eine größere Popularität genosse - Bakula.

Heute neigen viele Ladakhis dazu, den Sturz Tsewang Rigzins, wie praktisch auch alles andere, auf kommunalistischer Grundlage zu interpretieren und reduzieren ihn auf eine muslimische Verschwörung. Historische Indizien jedoch weisen darauf hin, daß die Bewegung zur Absetzung Kalons kein kommunalistisches Ereignis war.

Seit dem Coup von 1949 ist die Politik Ladakhs durch ein Hin und Her zwischen der herrschenden Bakula-Gruppierung und ihren Herausforderern geprägt. Bakula und seinen Anhängern wurden immer wieder zwei wesentliche Kritikpunkte vorgeworfen. Zum einen haben sie prominente religiöse Führer in eine politische Arena gezerrt, die säkular hätte sein sollen. Zum anderen fehlt vielen der politisch Aktiven eine moderne Bildung und das Verständnis für Veränderungen, die Ladakh und Südasien überrollen.

Ansichts der Rolle der Religion in der Gesellschaft Ladakhs, sowohl unter Buddhisten als auch unter Muslimen, ist es nach Meinung von Kritikern sehr schwierig, im politischen Bereich Einwände gegen Entscheidungen vorzubringen, die von religiösen Anführern getroffen wurden. Der Preis, den Kritiker der politisch-religiösen Führung zahlen, ist häufig die soziale Isolation über längere oder kürzere Zeiträume und physische Gewalt. Diejenigen, die in Ladakhs ersten richtigen Wahlen 1960 einen Gegenkandidaten zu Bakula aufgestellt hatten, alle stammten aus Familien, die Patrone (chindak) von Drukpa-Kargyud-Klöstern stellten, während Bakula der Gelupa-Schule vorsteht, erlebten einen 'sozialen Boykott', der mehrere Monate andauerte.

Was den Mangel an Bildung angeht, so behaupten Kritiker, daß die Entscheidungsträger Ladakhs bisher nicht in der Lage waren, die komplexen Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu verstehen. Beispielsweise soll Bakula den Status des 'Scheduled Tribe' in den 1950er Jahren, als er von Nehru angeboten wurde, für Ladakh abgelehnt haben, weil er annahm, daß dies eine Statusverschlechterung für die Ladakhis bedeutete. Es gibt keinen Beweis, der diese Geschichte bestätigt; dennoch wird sie oft angeführt, um Bakulas eingeschränktes Verständnis für weltliche Angelegenheiten darzustellen.

Wegen der engen Verbindungen zwischen den religiösen Anführern und der dominierenden politischen Gruppierung in Leh, konnte Bakula mit einiger

Leichtigkeit Kritik vom Tisch fegen. Selbst aus dem fernen Ulanbaatar, in dem Bakula seit einigen Jahren ansässig ist, dominiert seine Gruppierung weiterhin das politische Tagesgeschehen Ladakhs.

### Opium für die Massen

Obwohl der interne Machtkampf des politischen Establishment des Leh-Distrikts sehr wenig mit Kommunalismus zu tun hatte, wird dieser Kommunalismus immer wieder eingesetzt. Dies war besonders auffällig während der Agitation für lokale Autonomie, 1989-1993, die schließlich zur Einwilligung führte, den 'Leh Autonomous Hill District Council' zu gründen.

Seit der Auflösung Britisch-Indiens 1947 sind die Beziehungen zwischen der Staatsregierung in Srinagar und der Region Ladakh von tiefem Mißtrauen geprägt gewesen. In vielen politischen Überlegungen, vor allem der Buddhisten, steckt die Grundannahme, daß in Jammu und Kaschmir, da es ja von Muslimen dominiert ist, die Politik und die Programme der Staatsadministration in Ladakh zugunsten der Muslime ausfallen. Diese Behauptung hat schon seit der ersten buddhistischen Vertretung von 1931 Bestand. Im Lauf der Jahre ist dieses Empfinden der Diskriminierung durch äußere Einflüsse stärker genährt worden - nicht nur von kaschmirischen Pandits, sondern auch von Buddhisten Sri Lankas, westlichen Reisenden sowie indischen und westlichen Akademikern.

Die wirtschaftliche Entwicklung Ladakhs ist langsam vorangegangen. So erhalten viele junge Ladakhis heute eine Ausbildung, ohne nach Verlassen der Schule oder Hochschule eine Arbeit finden zu können. Regierungsstatistiken zeigen, daß nicht die Zahl der Arbeitslosen, wohl aber die Zahl der gebildeten Arbeitslosen dramatisch angestiegen ist. Angesichts der sozialen Spannungen, die aus einer solchen Situation resultieren, neigen ladakhische Anführer dazu, die Schuld an Unterentwicklung und Arbeitslosigkeit direkt der Staatsregierung zuzuweisen, die als Hauptanbieter von Arbeitsplätzen und Ressourcen angesehen wird.

Sowohl den Muslimen als auch den Buddhisten Ladakhs ist bewußt, daß die Agitation, die 1989 begann, hauptsächlich gegen die Regierung in Srinagar gerichtet war. Das Problem bestand darin, trotz der tiefen inneren Spaltung eine genügend große Gruppe der Bevölkerung zu mobilisieren. Die buddhistische Führung traf deshalb die bewußte Entscheidung, die Religion zu benutzen, wie einer der wichtigsten ladakhischen Führer hinter der Agitation, ein Buddhist, zugab. Es wurde beschlossen,

die muslimisch-buddhistische Trennung hervorzuheben, um zu beweisen, daß eine muslimisch dominierte Staatsregierung das buddhistische Ladakh diskriminiere. Dies würde nach außen wesentlich mehr Aufmerksamkeit erregen, während es gleichzeitig geeignet war, die Buddhisten im Namen der Religion zu mobilisieren.

Wie zu erwarten gewesen war, stieß diese Kommunalisierung bei den lokalen Muslimen auf Ablehnung, sowohl im Leh- wie auch im Kargil-Distrikt, obwohl sie die dahinterstehende Strategie erkannten. Besonders die ladakhischen Muslime fühlten sich in der Schußlinie zwischen Srinagar und Leh. Der inzwischen verstorbene Agha Hyder, einer der mächtigsten Shia-Führer im Suru-Tal (südlich der Stadt Kargil) gab 1989 in einem Interview seiner Sorge über diesen Sachverhalt Ausdruck: "Wir sind alle Ladakhis, wir leiden alle unter den Kaschmiris. Wir sollten gemeinsam gegen sie kämpfen anstatt gegeneinander."

Kacho Mohammed Ali Khan, ein früherer Politiker Kargils sagt: "Hier wurde kommunalisiert, aber in Wahrheit richtete es sich gegen die Regierung von Jammu und Kaschmir. Hier in Kargil gab es Reaktionen, aber die hielten wir unter Kontrolle. Die Menschen hier sind verärgert über die Kommunalisierung und die erzwungenen Veränderungen, die stattgefunden haben, wie zum Beispiel in Sakti (Leh-Distrikt). In Indien stürzten sich die Medien auf die Sache und blähten sie unverhältnismäßig auf. Kommunistische Parteien aus Jammu und Indien machten eine noch größere Affaire daraus. Hier in Ladakh wurde kommunalisiert, weil sich ohne Opium die Massen nicht bewegen können."

Der Einsatz der Religion für die Sache Ladakhs entsprach nicht nur einer jahrhundertalten Tradition der administrativen Klassifikation und Praxis, sondern überspielte auch die internen Differenzen zwischen und innerhalb der Gruppen der Buddhisten und Muslime. Unter Anwendung der Methode von Zuckerbrot und Peitsche - und die Peitsche wurde in großem Umfang wirkungsvoll eingesetzt - gelang es der buddhistischen Führung, einen großen Teil der buddhistischen Gemeinschaft für die Forderung nach mehr Autonomie zu mobilisieren.

Von der buddhistischen Führung wurde ein sozialer Boykott der örtlichen Muslime verhängt. Dieser begann 1989 und dauerte drei volle Jahre an. Es war das erste Mal, daß dieses traditionelle "Werkzeug" zur Regelung eines Streitiges auf eine ganze Gemeinschaft angewendet wurde. Der Boykott wurde im November 1992 aufgehoben, nachdem die Kongreß-Regierung in New Delhi Druck ausgeübt hatte und nachdem die Muslime zugestimmt hatten, für ein 'Hill

Council' zu arbeiten.

Im Oktober 1993 erarbeiteten die Zentralregierung, die Staatsregierung und die Führer der Buddhisten und Muslime des Leh-Distrikts einen Entwurf für das zukünftige 'Council'. In einem salomonischen Handel willigte Srinagar ein, das 'Council' mit dem zusätzlichen Attribut "autonom" zu versehen, als Gegenleistung für die Einwilligung der buddhistischen Führung, das 'Council' in die Verfassung von Jammu und Kaschmir einzubetten. Alle Zuständigkeiten, außer dem Polizei- und dem Gerichtswesen, sollten in den Geschäftsbereich des 'Councils' übergehen.

Seit die Schreibe für das 'Hill Council' erledigt ist und nur noch eine Unterschrift in Delhi geleistet werden muß, bleibt als einzige offene Frage die, ob das Rezept auch zur Lösung der Entwicklungs- und der kommunalistischen Probleme Ladakhs geeignet ist.

### 'Hill Council'-Kommunalismus

Das 'Hill Council' unternimmt nichts, womit die Probleme der Machtteilung innerhalb Ladakhs angegangen würden. Die schon lange bestehenden Spannungen zwischen religiöser und politischer Führung, zwischen gebildeten und weniger gebildeten Klassen, sowie zwischen 'modernem' Lebensstil in Leh und dörflicher Lebensweise kann nicht allein dadurch gelöst werden, daß eine weitere administrative Ebene eingeführt wird.

Die bevorstehende Einführung des 'Hill Council' stellt klar, daß künftig alle wichtigen administrativen Verantwortlichkeiten fest bei der Bevölkerung des Leh-Distrikts liegen werden.

Die Bewegung von 1988 bis 1993 hat einen tiefen Graben zwischen den beiden Gemeinschaften gerissen und es ist nicht klar, ob das 'Hill Council', das wohl von der buddhistischen politischen Führung dominiert werden wird, die bereits die Agitation angeführt hat, willens und in der Lage sein wird, eine Aussöhnung herbeizuführen. Die Rückkehr zahlreicher muslimischer Familien, die 1989 und 1990 aus ihren Dörfern fliehen mußten, steht erst noch bevor.

Auf die Frage, ob das Hill Council für die Wiederherstellung kommunaler Harmonie Verantwortung trägt, sagt Tsering Samphel, ehemaliges MLA-Mitglied und derzeitiger Distrikt-Vorsitzender der 'Congress Party': "Unsere ethnische Identität ist buddhistisch, aber auch ladakhisch. Problematisch ist das Aufkommen eines muslimischen Fundamentalismus. Baltis [dieser Begriff wird häufig für die Schiiten Kargils verwendet] und Ladakhs haben vieles gemeinsam, aber wenn die Religion ins Spiel kommt, vergessen sie diese Verbindung. Wenn wir in Leh und Kargil an einem

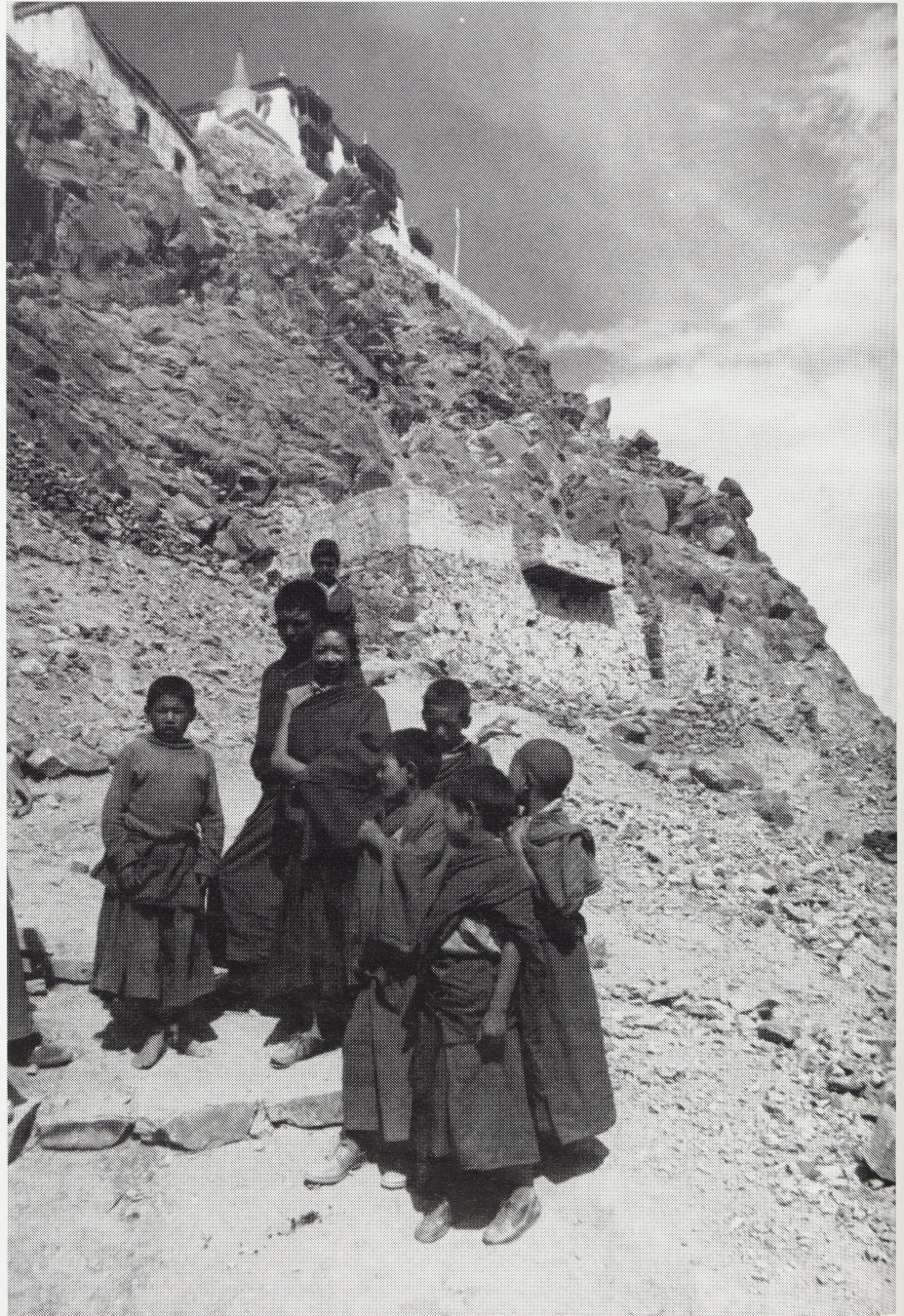
Strang ziehen würden, könnten wir erheblich mehr erreichen."

Auf der anderen Seite dieser kommunalistischen Grenze wird dieses Verständnis einer gemeinsamen größeren ladakhischen Identität von Kacho Mohammed Ali Khan ebenso betont: "Wir haben dieselbe Kultur, dieselbe Sprache, dieselben Wurzeln. Trennungen gehen auf religiösen Fanatismus zurück. Ich glaube, daß religiöser Fanatismus keine gute Sache ist, egal in welcher Religion oder Gemeinschaft er auftritt."

Dennoch ist unter der Jugend beider Gemeinschaften wenig von diesem vielgepriesenen ladakhischen Bewußtsein, das Buddhisten und Muslime vereint, zu spüren. Die 'Ladakh Buddhist Association' hatte vielmehr Probleme damit, ihren Jugendflügel unter Kontrolle zu hal-

ten. Die Banden radikaler Jugendlicher, die eingesetzt worden waren, um den sozialen Boykott durchzusetzen und verschiedenste Aktivitäten der Agitation auszuführen, könnten heute ein ernstes Hindernis für den Genesungsprozeß Ladakhs darstellen. Die jungen buddhistischen Ladakhs, die während der Agitation erwachsen wurden, neigen beispielsweise dazu, alle ungünstigen Umstände, die ihre Gemeinschaft betreffen, den Muslimen anzulasten.

Selbst heute scheint es nicht sicher, ob die radikalisierte buddhistische Jugend unter Kontrolle gehalten werden kann. Die noch immer andauernde Serie von Anschlägen in Leh, für die die LBA jegliche Verantwortung zurückweist, hat bisher weder Sach- noch Personenschaden verursacht. Dennoch trägt dies nicht



Buddhistische Novizengruppe vor einem Kloster

dazu bei, ein Vertrauensverhältnis zwischen den Gemeinschaften wiederherzustellen.

### Wahlkreisbildung

In Leh sitzt das Mißtrauen gegenüber der Regierung von Jammu und Kaschmir sehr tief und sowohl die muslimische als auch die buddhistische Führung zweifeln daran, daß mit Einführung des 'Hill Council' die Mißwirtschaft Srinagars beendet wird. "Das Hill Council wird verzweifelt benötigt. Aber die Regierung von Jammu und Kaschmir kann dann besser denn je die Fäden ziehen. Sie werden 36 Leute haben, die sie in ihr Ränkepiel verwickeln können..." sagt Pinto Norbu, ein ehemaliger MLC und Minister.

Zudem besteht die Sorge, daß die Anerkennung des 'Hill Council' durch die Zentralregierung nicht gänzlich die Zukunft sichert. Nach dem Gesetz wird Ladakh weiterhin als Teil des Staates Jammu und Kaschmir betrachtet, der im Gegensatz zu den anderen Staaten der Indischen Union eine eigene Verfassung besitzt. Das Schicksal Ladakhs hängt deshalb von Jammu und Kaschmir ab und von den Regelungen, die zwischen Srinagar und New Delhi getroffen werden müssen. Selbst wenn das 'Hill Council' heute von der Zentralregierung anerkannt wird, müßte es immer noch ratifiziert werden, sobald eine gewählte Regierung die Macht in Jammu und Kaschmir übernehmen würde. Es gibt nicht viel, was diese zukünftige Regierung daran hindern könnte, die 'Hill Council'-Entscheidung aufzuheben, die in diesem Licht betrachtet, mehr als eine Interim-Maßnahme denn als eine endgültige Lösung erscheint. Einige buddhistische Führer sehen in dem 'Hill Council' lediglich einen Schritt hin zum Status des Unionsterritorium, der auch das ursprüngliche Ziel der Agitation 1989 gewesen war.

Was die Struktur des 'Hill Council' betrifft, so sieht diese Maßnahmen zum Schutz und zur Vertretung von Minderheiten, z. B. der Muslime, vor. Auch die Aufteilung des Leh-Distriktes in mehr als 20 Wahlkreise ist vorgesehen. Diese 'Wahlkreisbildung' des Distriktes ermöglicht eine neue (oder vielleicht ältere) Form des Kommunalismus - auf regionaler Basis - da die Differenzen innerhalb des Distriktes größer sind als die jüngste Agitation vermuten läßt. Der nomadische Hirte in Changtang hat wenig gemeinsam mit dem Hotelbesitzer in Leh oder dem Bauern von Sham, und die Gräben werden aufbrechen, sobald das 'Hill Council' in Kraft gesetzt wird.

Mit den Worten von Mohammed Akbar Ladakhi, dem früheren Präsidenten der MLA gesprochen: "Wenn man nicht

wirklich ehrlichen Leuten die Verantwortung überträgt, wird das Hill Council ein großer Fehlschlag werden, und es könnte noch größere Trennungen schaffen, als wir heute haben, z. B. zwischen Changpa, Shamma, Nubrapa usw. Das Hill Council ist eher ein Test als eine Errungenschaft. Selbst heute noch fehlen die Grundlagen für einen Wahlkampf, weil man nicht auf der Religion aufbauen kann [als Grundlage für formale politische Organisation]. Wir müssen auf bestehende regionale Parteien zurückgreifen. Die Regionalisierung ist sehr stark, aber viele sind sich der Tatsache bewußt, daß dies unsere Probleme nicht lösen kann."

Offensichtlich besteht die Herausforderung für die politische Elite in Leh darin, eine politische Plattform zu schaffen, die auch auf Distrikt-Ebene Unterstützung erfahren kann. Bisher scheint nur die örtliche 'Congress (I)'-Gruppe diese Herausforderung angenommen zu haben. Das Fehlen einer offenen und öffentlichen politischen Debatte im Leh-Distrikt ist ein weiterer Faktor, der es örtlichen Politikern erschweren könnte, von den alten Methoden der Politik abzurücken. Derzeit herrscht unter den Führern der Agitation eine abwartende Haltung. Bisher sind keine Führer der LBA oder der LMA offen einer politischen Partei beigetreten, dennoch finden hinter den Kulissen einige Rangeleien um Positionen statt. Es wird viel darüber spekuliert, wer wohl welcher Partei beitreten wird. Die Führer der 'Congress'-Partei haben verkündet, daß sie das 'Hill Council' übernehmen wollen. Während der Agitation hat es häufige Kontakte zwischen den LBA-Führern und der BJP gegeben. Aufgrund ihrer kommunalistischen hinduistischen Einstellung kann diese Partei jedoch nur wenig Boden in Ladakh gewinnen.

Es scheint, daß Ladakhis aller Gemeinschaften, auch der Christen, die 1988 Ziel einer Agitation waren. Die Region von kommunalistischer Politik befreien wollen. Ob sie allein durch das 'Hill Council' erfolgreich sein werden ist fraglich. Auf die Frage, ob das 'Hill Council' eine Rolle in der De-Kommunalisierung der ladakhischen Politik spielen kann, antwortet Tsering Samphel: "Ja, das ist unsere Pflicht. Aber wir sind Teil eines Systems, eines ungeschriebenen Gesetzes, daß alle Entscheidungen auf kommunalistischer Basis gefällt werden."

Das Problem besteht in der Tat darin, daß die indische Politik schon in der Zeit vor der Unabhängigkeit auf der Kommunalisierung beruhte. Dieses Muster, das von der Mandal-Kommission bis zur Volkszählung alles durchdringt, ist noch immer fest gefügt. Und als Teile des Systems müssen die Ladakhis mögli-

cherweise, ob sie wollen oder nicht, ihre Politik entsprechend den kommunalistischen Strukturen entwickeln, und dies sowohl innerhalb Ladakhs als auch in ihrem Erscheinungsbild nach außen. Sie mußten in der Vergangenheit diesen Weg gehen, um Aufmerksamkeit zu erlangen und sie müssen ihn womöglich auch in Zukunft weitergehen.

Die Logik des Kommunalismus wird nicht durch das Konzept des 'Hill Council' aufgelöst, weder in Ladakh noch irgendwo sonst. Tatsächlich ist dieses Konzept eine 'natürliche' Entwicklung aus dem kommunalistischen Muster heraus, da es ja auf der Institutionalisierung der Unterschiede zwischen Gemeinschaften, Kulturen und Religionen basiert und Spaltungen zwischen und innerhalb dieser Gemeinschaften, Kulturen und Religionen ignoriert und verwischt. Devolution und Dezentralisation der Entscheidungsgewalten ist in vielen Teilen des Subkontinentes bitter nötig.

Das 'Hill Council'-Konzept bietet einen Ansatz für eine Neuverteilung von wirtschaftlicher und politischer Macht in Ladakh und der größeren Indischen Union sowie dem Bundesstaat Jammu und Kashmir. Aber es ist kein Allheilmittel gegen das Problem des Kommunalismus. Das 'Hill Council' bringt den Kampf um die Allokation der Ressourcen einen Schritt weiter, aber es beendet diesen Kampf nicht und es hebt auch die Ansatzpunkte/Ursachen für Kommunalismus und Regionalismus in Ladakh nicht auf. Den günstigsten Fall beschrieb ein Ladakhi so: "Wenn wir Fehler machen, werden es von nun an unsere eigenen Fehler sein, so daß wir nicht außerhalb Ladakhs nach einem Übeltäter suchen müssen."

(Übersetzung: Sabine Clemens)